

## London - CSE-Group\* Krise, Arbeiterbewegung und alternative Wirtschaftspolitik

Als Reaktion auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus in Großbritannien und der Welt hat sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine weit verbreitete Übereinstimmung in der Frage herausgebildet, für welche alternativen Maßnahmen zu kämpfen ist, damit die Position der Linken verbessert werden kann. So sind die tragenden Bestandteile der ‚Alternativen Wirtschaftsstrategie‘ (=AWS) sowohl von der *Labour Party Conference* (1) als auch vom *Trade Union Council* (TUC) und zahlreichen Einzelgewerkschaften (2) mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Obwohl es dabei zweifellos bedeutende Unterschiede hinsichtlich Gehalt und Interpretation gibt, stellt doch diese strategische Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung eine wichtige Entwicklung dar, eine Herausforderung für aufmerksame Analysen seitens aller linken Gruppen.

Die in Großbritannien diskutierten Programmpunkte einer AWS sind im wesentlichen (nach Bleaney 1978):

- Substantielle Ausdehnung des öffentlichen Sektors, einschließlich der Banken und Versicherungen und einiger großer Unternehmen der verarbeitenden Industrie, verbunden mit einer Stärkung des Nationalen Unternehmensrates (National Enterprise Board, NEB);
- die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes als Rahmen für Wachstum und Investitionsprogramme im öffentlichen und im privaten Sektor, der durch Planungsvereinbarungen sowie durch Sanktionen gegenüber Firmen, die sich unkooperativ verhalten, durchgesetzt werden soll;
- eine unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards und die Aufhebung der Kürzungen im öffentlichen Sektor, durch die – in Verbindung mit einer Ausdehnung der Investitionen – die Arbeitslosigkeit verringert wird;
- eine scharfe Kürzung der Militärausgaben;
- strikte Preiskontrollen;
- die Einrichtung von Importkontrollen zum Schutz der Zahlungsbilanz sowie den Verkauf überseeischer Vermögenswerte zur Begleichung von Schulden im Ausland;
- eine allgemeine Demokratisierung des Wirtschaftslebens durch die Beteiligung von Gewerkschaften und anderen Organisationen des Volkes in jeder Phase des Planungsprozesses und die Entwicklung von Formen industrieller Demokratie, usw.

\* Eine erste Fassung dieses Beitrages wurde auf der Tagung der Conference of Socialist Economists (= CSE) in Bradford 1978 diskutiert, verfaßt von David Currie, Ben Fine, John Grahl, Tony Millwood und Adam Sharples.

Die Prokla veröffentlicht hier mit Erlaubnis von *Capital and Class*, die die vollständige englische Fassung veröffentlichte, eine gekürzte Übersetzung, die Frieder O. Wolf besorgte. In den Fußnoten referierte Stücke aus dem Original sind mit CC und Seitenzahl bezeichnet, Anmerkungen des Übersetzers mit AdÜ.

Das vollständige Original ist veröffentlicht in *Capital and Class* 8 (Summer 1979) 68-92. Die Kontaktadresse der Londonder CSE-Gruppe lautet: *CSE Office, 55 Mount Pleasant, London W. C. 1.*

Dieser Artikel vertritt die These, daß die AWS sich als eine Strategie anbietet, die für wirkliche Fortschritte der Arbeiterklasse in Richtung auf den Sozialismus geeignet ist. Allerdings erkennen wir — auch wenn wir im Großen und Ganzen mit dem Ansatz der AWS übereinstimmen — durchaus auch ihre Schwächen, so daß wir von der Notwendigkeit ausgehen, die analytische Auseinandersetzung darüber innerhalb der CSE und der Arbeiterbewegung voranzutreiben.

## 1. Die alternative Wirtschaftsstrategie als Forderung an den Staat in der ökonomischen Krise

### 1.1. Kapitalistische Krise und Kampf der Arbeiterklasse

Unser Eintreten für die AWS geht von der Überzeugung aus, daß es keine mechanische Unvermeidlichkeit in der Entwicklung des Kapitalismus gibt. Die Auflösung von Krisen kann also auf verschiedene Weisen vor sich gehen, die mehr oder minder günstig für die Arbeiterklasse sind, d.h. insoweit in ihnen eine Blockierung von Lösungen im Interesse des Kapitals und die Schaffung von Ausgangspositionen für weitere Vorstöße durchgesetzt werden kann.

Konkret geht es bei dieser Feststellung um folgendes: Daß es die Linke in Großbritannien versäumt hat, in den frühen siebziger Jahren eine breite demokratische Mobilisierung für ein linkes Programm durchzuführen, hat den Weg für eine Krisenlösung im Interesse des Kapitals freigemacht, wie sie von der Labour-Regierung durchgeführt worden ist: Angriffe auf den realen Lebensstandard, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, hohe und andauernde Arbeitslosigkeit, Beschleunigung des Internationalisierungsprozesses und wachsende Staatsintervention gemäß den Erfordernissen privater Profitabilität. Zur Verdeutlichung: Der Verlauf einer Rezession kann nicht nur als ein Prozeß des Wettbewerbs zwischen Kapitalen betrachtet werden, in dem die Eingriffe der Arbeiterklasse bloß den einen Kapitalektor gegenüber dem anderen begünstigen würden. Eine Rezession stellt vielmehr in erster Linie eine Umstrukturierung der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital dar, in der die Umstrukturierung der Kapitale in der Konkurrenz bloß eine Seite ausmachen. Man kann auch nicht davon ausgehen, die Lösung der Krise durch die Rezession hindurch wäre im Voraus bestimmt, oder daß sich der Einfluß der Arbeiterklasse auf den Gang der Ereignisse, wenn es ihr nicht gelänge, das Kapital *abzuschaffen*, in mehr oder minder engen Grenzen halten werde. Die Kämpfe der Arbeiterklasse als Reaktion auf die Rezession beeinflussen vielmehr den Verlauf der Rezession und die Krisenlösung, die aus ihr hervorgeht; m.a.W. sie beeinflussen die Art der Kontrolle, die das Kapital über die Arbeit ausübt und damit die Rahmenbedingungen, unter denen der Klassenkampf erneut aufgenommen wird.

Man könnte dagegen einwenden, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Art der Krisenlösung immer unbedeutend bleiben werde; denn jedes Moment von Kontrolle, das sie sich im Klassenkampf aneigne, werde durch die Existenzweise des Kapitals als Weltsystem geschwächt; während sich das Kapital Kontrollmöglichkei-

ten in vielerlei Gestalt aneigne, so daß es Verluste auf der einen Seite durch Gewinne auf der anderen Seite ausgleichen könne. Diese Argumente sind wegen ihres deterministischen Charakters zurückzuweisen, wenn sie auch wirkliche Fragen aufwerfen, was die Grenzen des Kampfs der Arbeiterklasse auf bestimmten Ebenen angeht und was die Frage betrifft, wie diese Kämpfe in Richtung auf die revolutionäre Forderung des Sozialismus weiterentwickelt werden können. Diese Fragen sind nur auf der Grundlage einer besonderen Berücksichtigung der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus beantwortbar.

Die Nachkriegsexpansion des Weltkapitalismus beruhte auf zwei wichtigen Ausgangspunkten aus früheren Perioden: Einerseits auf der Herausbildung einer bestimmten Form der Internationalisierung des Kapitals, andererseits auf dem Anwachsen von Staatseingriffen in den Wirtschaftsprozess. Diese Entwicklungen enthalten ihrerseits eine Reihe von Widersprüchen:

*Erstens* verliert das Kapital zunehmend an nationaler Bindung, in dem Maße wie sein Kreislauf sich internationalisiert; zugleich handelt aber *zweitens* der Nationalstaat in seinen wirtschaftlichen und sonstigen Eingriffen als Agent der Konkurrenz zwischen Kapitalen. *Drittens* ist aber der Nationalstaat auch noch, trotz aller Internationalisierung des wirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, Garant der gesellschaftlichen Reproduktion der Klassen innerhalb von Nationen. M.a.W., während der Staat zwar durch sein Handeln zur Internationalisierung des Kapitals beitragen kann, sind seine Eingriffe zugleich durch die Notwendigkeit bestimmt, die gesellschaftliche Reproduktion zu gewährleisten. Diese Funktion wird aber zunehmend durch die Internationalisierung des Kapitals beeinträchtigt. Diesen Widersprüchen entsprechen bestimmte politische Entwicklungen: Zum einen wirkt der Aufstieg von transnationalen Überbauelementen wie des IMF und der EG als einschränkende Bedingung für das Ausmaß individueller nationalstaatlicher Wirtschaftseingriffe in den internationalen ökonomischen Reproduktionsprozeß (3). Diese Institutionen reagieren auf Kämpfe der Arbeiterklasse nur über die Vermittlung der Nationalstaaten. Zum anderen wirken staatliche Wirtschaftseingriffe dahingehend, den Klassenkampf als ein Mittel zur Erleichterung der ökonomischen Reproduktion zu kanalisieren und ihn auf die Festlegung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen hin auszurichten. Daher entsprechen auch die Ziele und Formen der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen das Kapital den Staatseingriffen: Der Kampf um die Beschäftigung stellt sich in der Form von Forderungen nach Verstaatlichung, allgemeiner Erhöhung des Geldumlaufs, Kontrolle der internationalen Kapitalbewegungen (Waren, Geld und internationale Gesellschaften) sowie nach Hilfen und Zuschüssen zur Aufrechterhaltung der Produktion dar. Der Verteilungskampf bezieht sich auf die Einkommens-, Steuer- und Subventionspolitik und die Preiskontrollen. Darüberhinaus kann die Arbeiterklasse für die Erbringung von Leistungen im Rahmen des Wohlfahrtsstaates kämpfen (4).

Die Interessen des (internationalen) Kapitals in seiner Gesamtheit existieren also nicht als eine ideelle Abstraktion, sondern bilden sich überhaupt erst in der ökonomischen Konkurrenz und im Kampf um die staatliche Macht heraus. Ebenso wenig existieren sie isoliert von der Organisation der Bourgeoisie in ihrem Gegen-

satz zur Arbeiterklasse bzw. als deren logische Voraussetzung. Umgekehrt haben auch die Kämpfe der Arbeiterklasse Auswirkungen auf den Prozeß der Konkurrenz zwischen den Kapitalen und auf die Steuerung der politischen Macht. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu begreifen, wie weit diese Kämpfe bloß noch eine untergeordnete Seite der Kämpfe zwischen kapitalistischen Sektoren darstellen, insofern die Vielfalt der Ebenen, auf denen das Kapital eine Kontrolle über die Arbeit innehat, dazu führt, daß diese Kämpfe nicht mehr unmittelbar als Formen der Konfrontation zwischen Klassen wirken (5). Selbstverständlich wird man davon ausgehen können, daß ihre Wirksamkeit mit dem Ausmaß der erreichten Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und der Breite der Front wächst, auf denen diese für eine Übernahme von Kontrolle kämpft; aber damit ist weder die relative Bedeutung einzelner Forderungen bestimmt, noch die der wechselseitigen Abhängigkeiten, in denen sie stehen.

### *1.2. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit*

Betrachten wir etwa die Beschäftigungspolitik. Den Ausgangspunkt unserer Analyse bildet das vom Kapital ausgehende Erfordernis einer Ausweitung der ‚industriellen Reservearmee‘. Staatliche Wirtschaftseingriffe in Gestalt von Beschäftigungspolitik stellen eine Form der gesellschaftlichen Regulierung der industriellen Reservearmee dar und diese Regulierung ist eine Ebene des Klassenkampfes: Durch Verstaatlichungen kann etwa die Beschäftigung produktiver Arbeiter aufrechterhalten und eine Umstrukturierung des Kapitals durchgeführt werden, ohne daß dies unmittelbar zu einem Anwachsen der industriellen Reservearmee führt, auch wenn langfristig der Druck in Richtung auf eine Verminderung der Beschäftigung anhalten wird. Oder die Beschäftigten in staatlichen Sektoren, die nicht unmittelbar produktiv für das Kapital sind, sind ein Bestandteil der industriellen Reservearmee, der nicht als Hebel zur Zentralisierung der gesellschaftlichen Arbeit eingesetzt werden kann, auch wenn sie durchaus gesellschaftliche Bedingungen des Akkumulationsprozesses fördern (Gesundheit, Bildung usw.). Dementsprechend haben dann Kürzungen unproduktiver Ausgaben in erster Linie die Funktion, die industrielle Reservearmee in einer Gestalt zu vergrößern, in der sie wieder als Mittel dieser Zentralisierung eingesetzt werden kann. Obwohl also allgemein die industrielle Reservearmee dazu tendiert, in der Krise anzuwachsen, sind sowohl ihr Wachstum überhaupt als auch die Größe ihrer verschiedenen Bestandteile dem Einfluß des Klassenkampfes unterworfen, der damit über die Bedingungen mitbestimmt, unter denen die Akkumulation in der folgenden Aufschwungphase stattfindet (6).

Eng in Zusammenhang mit der Regulierung der industriellen Reservearmee steht die Regulierung der Beschäftigung: Die Rezession intensiviert den Kampf um die Umstrukturierung der Produktion – und was das für die Lohnarbeiter des Kapitals heißt, ist ja bekannt. Innerhalb des unproduktiven Sektors kann es zu einem Kampf darum kommen, ‚kommerzielle‘ Kriterien wiederherzustellen oder durchzusetzen bzw. die Beschäftigung unmittelbar kapitalistischen Produktionsverhältnissen

zu unterwerfen, oder überhaupt die Bedingungen der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zu verändern. Dagegen kann sich jeweils Widerstand der Arbeiter als Kampf für die Produktion von Gebrauchswerten entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und für Arbeiterkontrolle entwickeln, anstatt sich Bedingungen zu unterwerfen, die das Kapital zur Produktion von Mehrwert und für die Aufrechterhaltung von deren gesellschaftlichen Bedingungen fordert. Dies ist ein Kampf, der seine Grundlage in der Organisation der Arbeiter im unmittelbaren Produktionsprozeß hat und der eine enge Verbindung mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit herstellt. Da internationale Zwänge darüber hinaus den staatlichen Eingriffen zur Regulierung der industriellen Reservearmee Schranken setzen, kann dieser Kampf sich auch auf diese internationalen Bedingungen selbst ausdehnen.

### 1.3. *Staat und politische Strategie*

Unsere Ausführungen haben bis jetzt der Begründung zweier einfacher Behauptungen gedient. Erstens: Der gesamte Verlauf der kapitalistischen Krise, einschließlich der Bedingungen der Krisenlösung und des Kräfteverhältnisses der Klassen als Teil der Restrukturierung des Akkumulationsprozesses wird weitgehend durch den Klassenkampf bestimmt; zweitens: Im gegenwärtigen Kapitalismus stellt die Formulierung und Durchsetzung der nationalen Wirtschaftspolitik einen Schlüsselbereich dieses Kampfes dar.

Wie sollen jetzt Sozialisten in Großbritannien auf der Grundlage dieser Überlegungen den *politischen* Gehalt der einzelnen ökonomischen Forderungen beurteilen, die die AWS ausmachen? Damit stellt sich unmittelbar die Frage nach den Kriterien; denn es gibt keine gefestigte Vorstellung von sozialistischer Strategie, keine verlässliche Meßlatte, an der wir den politischen Gehalt eines solchen Programms „messen“ könnten.

Die gegenwärtige tiefe und anhaltende Krise des Kapitalismus hat bisher, weit entfernt davon, seine politischen Formen zu bedrohen, vielmehr mit brutaler Deutlichkeit eine ebenso tiefe Krise der sozialistischen Perspektiven offengelegt, von der sich keine Tendenz der sozialistischen Bewegung in Westeuropa freihalten kann. Einerseits ist die Unfähigkeit derjenigen Parteien, die sich immer noch in Denken und Handeln von dem Problemverständnis der Zweiten Internationalen leiten lassen, seit ihrem historischen Versagen 1914 immer nur noch offensichtlicher geworden. Heute beschert uns die anhaltende Zustimmung von Millionen von Arbeitern gegenüber dieser Führung – Gestalten wie Schmidt, Callaghan und Soares! Aber auch die Parteien und Gruppen, die sich in einem leninistischen Bezugsrahmen bewegen, sehen sich grundlegenden Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer traditionellen Vorstellung vom Übergang zum Sozialismus gegenüber.

Beständige Unruhe in den kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europa beweist es deutlicher als sonst etwas: Es ist notwendig, einschneidend mit längst fest eingefahrenen Analysen und Praktiken zu brechen. Es gibt auch nur wenige kommunistische Parteien, die im Zuge ihrer Versuche einer Selbsterneuerung grö-

ßere Spaltungen vermeiden konnten. Schließlich hat auch die trotzkistische Variante der leninistischen Tradition sich nicht als den gegenwärtigen Realitäten angemessen erwiesen: Nach vierzig Jahren beginnen selbst die entschlossensten Parteigänger, die apokalyptischen Visionen des *Übergangsprogramms* in Zweifel zu ziehen.

In der Sphäre der Theorie haben diese schwierigen Probleme hinsichtlich der strategischen Perspektive dazu geführt, daß vor allem eine Frage immer mehr von Interesse wurde: die des kapitalistischen Staates. Das hat hauptsächlich zwei Gründe. Erstens einfach das Wachstum des gegenwärtigen Staates, die Hypertrophie seiner Apparate und Funktionen. Dies vor allem hat klassische Vorstellungen von der kapitalistischen Entwicklung zweifelhaft werden lassen und den sozialen Beziehungen der kapitalistischen Produktion eine unvorhergesehene Anpassungsfähigkeit verliehen. Gewiß kann man darin einfach eine Bestätigung der zentralen marxistischen These sehen, daß der Kapitalismus die Produktion in wachsendem Widerspruch zu den für ihn selbst konstitutiven Warenbeziehungen vergesellschaftet; aber der Prozeß der Verstaatlichung aller Sphären der kapitalistischen Gesellschaft ist damit noch nicht begriffen: Selbst die fortgeschrittensten Analysen der hinter diesem Prozeß stehenden Kräfte, die um den orthodoxen Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus kreisen, hatten noch die Tendenz, komplexe politische Prozesse auf ‚ökonomische‘ Entwicklungsgesetze zu reduzieren – wie etwa in Gestalt der inzwischen weitgehend aufgegebenen These von einer Verschmelzung von Staat und Monopolen. Was sind denn die Grenzen der Staatseingriffe? Wie wird der gegenwärtige Staat reproduziert? Unsere Analyse der Situation hängt wesentlich von der Beantwortung dieser Fragen ab, die bisher allzuoft bloß unter apriori-Voraussetzungen untersucht worden sind.

Damit sind wir bei einem zweiten Brennpunkt der theoretischen Problematik: dem Problem der Politik im entwickelten Kapitalismus. Klassischerweise haben die Marxisten die kapitalistische Produktionsweise als auf eine radikale Trennung von politischen und ökonomischen Formen gegründete gesehen, die demokratische Formen des politischen Lebens möglich macht, während sie zugleich das kapitalistische Eigentum vor der Gefahr von Forderungen nach gesellschaftlicher Kontrolle seitens des Volkes schützen. Wie wird diese Trennung aufrechterhalten und legitimiert? In welchem Umfang wird sie in einer Zeit allgegenwärtiger Staatseingriffe in Frage gestellt? Durch welche Art von Politisierung werden die unterdrückten Klassen innerhalb der von der erweiterten Reproduktion des Kapitals gesetzten Grenzen gehalten? Gesicherte strategische Vorstellungen können wiederum allein durch konkrete Analysen dieser Fragen begründet werden.

Wir werden uns im folgenden auf diejenigen Punkte beschränken, die für eine Beurteilung der AWS relevant sind. Unsere These ist, daß zwischen einigen der theoretischen Synthesen, die sich abzeichnen und der AWS eine bedeutungsvolle Konvergenz besteht.

#### 1.4. *Gegenwärtige Staatsanalyse*

Zunächst können wir hervorheben, daß sich gegenwärtig eine Auffassung vom Staat entwickelt, nach der dieser nicht als ein monolithisches Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu begreifen ist, sondern als eine komplexe, in sich widersprüchliche Struktur, und aus der sich die Notwendigkeit des Klassenkampfes innerhalb der Staatsapparate begründet. Dieser Gesichtspunkt wird von jenen Tendenzen der Kommunistischen Parteien, die man als eurokommunistische bezeichnet, besonders hervorgehoben. Man kann diese Strömung jedenfalls nicht so leicht hin abtun, wie es oft geschieht, als trüge sie den Reformismus „wie die Erbsünde“ (Poulantzas) auf der Stirn geschrieben. Die Schlüsselfrage, die dem ‚Eurokommunismus‘ zu stellen ist, bezieht sich weder auf die Bedeutung des Klassenkampfes innerhalb der Staatsapparate noch auch auf die zentrale Bedeutung, die einer Kontrolle der Legislative durch die Arbeiterparteien zugeschrieben wird; ist doch inzwischen die zentrale Bedeutung der Formen parlamentarischer Herrschaft für die Reproduktion der bürgerlichen Staatsgewalt eine gesicherte Erkenntnis. Vielmehr können wir in Frage stellen, welche Art von Mobilisierung des Volkes ins Auge gefaßt wird, um die gesellschaftlichen Umwälzungen durchzusetzen, die innerhalb der Verfassungsstruktur gesetzlich eingeleitet werden. Und an dieser Stelle reicht es auch nicht, abstrakt die Notwendigkeit einer ‚Doppelmacht‘ im revolutionären Prozeß zu postulieren; vielmehr muß konkret angegeben werden, welche Formen und Ausgestaltungen einer solchen Doppelmacht gemeint sind, durch was für Organe Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes unmittelbar Ausdruck erhalten sollen und in welcher Beziehung sie zur parlamentarischen Repräsentation stehen. Antworten auf diese Fragen müssen sich auch dem wiederholten Versagen leninistischer Rätestrukturen stellen, die nicht in der Lage waren, Forderungen des Volkes auf der Ebene des Staates zu verkörpern oder elementare individuelle und staatsbürgerliche Freiheitsrechte zu schützen, die konstitutive Bedingungen jedes politischen Prozesses mit wirklichem demokratischen Gehalt sind (7).

#### 1.5. *Der politische Gehalt der AWS*

Wir meinen, der Kampf für die AWS könnte eine Schlüsselrolle im Zusammenhang derartiger Mobilisierung und Aktionen spielen. Gewiß sind ihre zentralen Forderungen von begrenzter Tragweite — ökonomische Expansion, Reallohnsteigerungen, Wiederherstellung und erneutes Wachstum der öffentlichen Ausgaben. Offensichtlich hat keine dieser Maßnahmen, an sich betrachtet, auch nur antikapitalistische, geschweige denn revolutionäre Bedeutung. Ihre unmittelbare Bedeutung liegt allein in der Möglichkeit ihrer massenhaften Unterstützung, da sie sich auf die unmittelbar spürbaren Auswirkungen beziehen, die Rezession, Ausgabenkürzungen und Lohnstops für die Arbeiterklasse und ihre möglichen Verbündeten haben.

Dennoch machen drei Faktoren die AWS zu einer möglichen sozialistischen Strategie, wenn es erreicht werden kann, daß die Arbeiterklasse dafür zum Kampf antritt:

*Erstens* handelt es sich um ein vereinheitlichendes Programm. Auf der theoretischen Ebene hat man ja Interessenkonflikten, die in dieser Krise die unmittelbaren Produzenten und die Staatsbeschäftigten gegeneinander stellen können (die ‚produktiven‘ gegen die ‚unproduktiven‘ Arbeiter), viel Aufmerksamkeit gewidmet. Die AWS enthält nun ein Programm, derartige Spaltungen auf der Ebene der politischen Praxis zu überwinden.

*Zweitens* erhalten die zentralen Forderungen der AWS größere Bedeutung aufgrund der Situation, in der sie vorgebracht werden: Die Intensität der Krise, in der jetzt eine expansive Wirtschaftspolitik gefordert wird, bedeutet, daß derartige Maßnahmen notwendig mit den Interessen des Großkapitals in Konflikt geraten. Denn auf alle Fälle müßten sie das Muster der Reorganisation und der Umstrukturierung des Kapitals durchbrechen, wie es sich gegenwärtig aufgrund des Zusammenwirkens der Zwänge des Weltmarktes und der Eingriffe des Staates durchsetzt. In der gegenwärtigen Situation kann daher selbst die beschränkte Forderung nach ökonomischer Expansion massive Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft auslösen.

*Schließlich* ist von entscheidender Bedeutung, daß die AWS die von ihr auszulösenden Konflikte *vorausieht* und besondere Maßnahmen demokratischer Kontrolle vorsieht, um den ersten Reaktionen des Kapitals auf eine expansive Wirtschaftspolitik im Interesse des Volkes zu begegnen. So werden etwa wirksame Maßnahmen gefordert, um die internationale Bewegungsfreiheit des Großkapitals zu brechen, mittels eines Programms, das Verstaatlichung mit indirekten Kontrollen verbindet, um ein Wachstum der Produktion und die Möglichkeit einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zu garantieren.

Hierin liegt der Unterschied zwischen der AWS und reformistischen Programmen, die auf eine Stabilisierung des Kapitalismus abzielen, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Frage zu stellen. Ihnen gegenüber stellt die AWS eine Übergangsstrategie (8) dar, die in der Lage ist, den Kampf der Arbeiterklasse aufgrund von unmittelbar anstehenden Fragen zu mobilisieren und dies in einem umfassenden und kohärenten Rahmen zu tun, der auf Fortschritte in Richtung auf den Sozialismus zielt. Dadurch wird das Verhältnis der einzelnen Forderungen innerhalb der Strategie bestimmt: Die AWS erhebt kurzfristige Forderungen (und schlägt Lösungen vor), die sich auf unmittelbar anstehende Fragen beziehen, wie es die des Lebensstandards, der Arbeitslosigkeit, der sozialen Dienste sind. Diese Forderungen können die Grundlage einer breiten sozialen Bewegung bilden. Gleichzeitig stellen die vorgeschlagenen Lösungen partiell die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse und die in Gang befindlichen Umstrukturierungsprozesse in Frage. Soweit sie erfolgreich sind, sind sie Wegbereiter tiefergehender Infragestellungen der kapitalistischen Verhältnisse, die die Frage einer demokratischen Kontrolle und Planung aufwerfen und eine erzieherische Rolle im Prozeß der Verbreiterung und Entwicklung der sozialen Bewegung spielen werden. Insgesamt findet man in der AWS unmittelbare Forderungen, die als Kristallisationspunkte für die Organisation gegenwärtiger Kämpfe dienen können – aber eben eng verbunden mit langfristigen Forderungen, die in der Perspektive von Schritten in Richtung auf den Sozialismus stehen.

## 1.6. Linke Kritik an der AWS

Die in der AWS vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einschränkung der Mobilität des internationalen Kapitals sind von einigen linken Gruppen heftig angegriffen worden. Z. B. hat man Importkontrollen als eine chauvinistische Maßnahme kritisiert, die durch einen Export von Arbeitslosigkeit die internationale Arbeiterklasse spalte. Diese Argumentation stellt aber einen geradezu kindischen ökonomischen Fehlschluß dar, denn sie unterschlägt die Tatsache, daß *jedes* Mittel zur Verminderung der Importe (oder auch zur Erhöhung der Exporte) die Beschäftigung in anderen Ländern bedroht und daß dies ebensosehr für Abwertungen und Ausgabenbeschränkungen gilt wie für direkte quantitative Einschränkungen. Wichtiger noch, diese Kritik betrachtet die Forderung nach Importbeschränkungen losgelöst von der strategischen Forderung nach wirtschaftlicher Expansion, in deren Zusammenhang nicht die *Reduzierung* des Importniveaus als Ziel angesteuert wird, sondern vielmehr eine Planung ihres *Wachstums* entsprechend der Entwicklung der Deviseneinnahmen sowie die Bestimmung ihrer Zusammensetzung entsprechend gesellschaftlichen Prioritätensetzungen. Die AWS zielt eben nicht auf Autarkie, sondern auf *Autonomie*.

Andere Einwände kreisen um das Argument, daß jeglicher Widerstand gegen die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung eine Art von Maschinenstürmerei sei, die sich der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus in den Weg zu stellen trachte. Diese Überlegung stellt eine nicht weniger falsche Glorifizierung des krisenhaften kapitalistischen Akkumulationsprozesses dar und unterschätzt zugleich das Potential staatlicher Wirtschaftseingriffe als Hebel einer Umstrukturierung. Man hat auch das Argument vorgebracht, Importkontrollen seien bloß ein Ausdruck interimperialistischer Rivalitäten. Dabei wurde die Tatsache ignoriert, daß die Kapitale zunehmend ihre nationalen Bindungen abstreifen und daß heute interimperialistische Rivalitäten nicht mehr entlang der Trennungslinien nationaler Volkswirtschaften verlaufen.

Das konkrete Problem für eine sozialistische Strategie ist doch das folgende: Die gegenwärtige Krise beschleunigt die Internationalisierung des Kapitals sowohl hinsichtlich der internationalen Arbeitsteilung als auch – wie es diese Entwicklung erforderlich macht – hinsichtlich der Herausbildung transnationaler Überbaustrukturen (was der wachsende Trend zum ‚Multilateralismus‘ in imperialistischen Kreisen deutlich macht). Zugleich bleibt aber andererseits der Nationalstaat der entscheidende Bezugspunkt für den Kampf um die politische Macht.

In dieser Situation stellt die Forderung nach Ausdehnung der nationalen Kontrolle den Prozeß einer Neustrukturierung durch Internationalisierung in Frage, wie er gegenwärtig abläuft. Angesichts der Schwäche der internationalen Organisationsformen der Arbeiterklasse kann heute eine solche Infragesetzung allein auf der Ebene des Nationalstaates entworfen und durchgesetzt werden. Alle sozialistischen Bewegungen müssen sich diesem Widerspruch stellen, durch den sie dazu gezwungen werden, ihre Bestimmung des Stellenwerts einer nationalen Volkswirtschaft zu modifizieren, die innerhalb einer internationalen Struktur existiert, die sich weitgehend ihrer Kontrolle entzieht. Sicherlich gibt es für diese Probleme keine einfachen Lö-

sungen, aber von vornherein auf jegliche ‚einseitige‘ Aktion in der Sphäre der Weltwirtschaft zu verzichten, wäre bloßer Defaitismus.

Was das Problem des Verhältnisses von Verstaatlichung zu ‚planning agreements‘ oder anderen Zwangsmaßnahmen gegenüber Monopolunternehmen angeht, die unterhalb der Schwelle der Überführung in öffentliches Eigentum bleiben, ist vor allem zu betonen, daß es hierbei zentral weder um eine juristische (Wem ein Unternehmen ‚gehören‘ soll) noch um eine moralische Problematik (alles unter Arbeiterkontrolle zu verstaatlichen) geht. Zentral geht es vielmehr um eine Frage der politischen Macht, und in dieser Hinsicht kommt man nicht mit einer pauschalen Verstaatlichungspolitik weiter, besonders wenn eine linke Regierung mit intensivem Widerstand innerhalb der staatlichen Institutionen rechnen muß. Die wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel hängt von einer ausgedehnten Demokratisierung sowohl des Staates wie der Industrie ab; einer Arbeiterregierung gerade dann tausende von Detailproblemen der Wirtschaftslenkung aufzubürden, wenn eine solche Demokratisierung noch kaum in Gang gekommen ist, heißt möglicherweise lediglich, ihr Schicksal von vornherein zu besiegeln.

### 1.7. Die Bedeutung der AWS

Der strategische Kern der AWS liegt in folgendem: die geforderte ökonomische Expansion und ökonomische Umverteilung werden als in sich widersprüchlich erkannt und die Antwort auf widersprüchliche Entwicklungen wird im Wesentlichen in *aggressiver* Weise gegeben, in Gestalt eines Angriffs auf die Macht des großen Kapitals, im Inland ebenso wie aufgrund seiner internationalen Verbindungen. Das Ergebnis ist nicht der Sozialismus – sondern eine Lösung der Krise, für die im äußersten möglichen Umfang die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte bestimmend sind. Damit wäre dann eine Perspektive dafür eröffnet, weitere, entscheidendere Kämpfe unter Bedingungen zu eröffnen, die den Handlungsspielraum der Kapitale beträchtlich einengen, während die Volkskräfte in der Lage sind, entwickeltere, radikalere Forderungsprogramme vorzubringen.

Nach unserer Auffassung darf man den möglichen Gehalt einer solchen wirtschaftspolitischen Strategie nicht leichtthin abtun: Sie ist in der unmittelbaren Erfahrung verankert, wie sie das werktätige Volk mit der Wirtschaftskrise macht; sie wirkt in Richtung auf eine Vereinheitlichung unterschiedlicher Abteilungen der Arbeiterklasse; die auf die ökonomische Entwicklung bezogenen Elemente der AWS bieten eine Lösung der Krise im Interesse des werktätigen Volkes an – was bedeutet, daß es sich bei der AWS um eine konkrete, nicht bloß propagandistische Alternative handelt.

## 2. Die Alternative Wirtschaftsstrategie in der Praxis der Arbeiterbewegung

Aus unserer allgemeinen Analyse der AWS als Forderung an die Staatstätigkeit in der Krise ergeben sich zwei hauptsächliche Kriterien zur Beurteilung der innerhalb der Arbeiterbewegung dazu diskutierten Vorschläge und Positionen. Das *erste Kriterium* bezieht sich darauf, inwieweit die Vorschläge bloß auf Krisenlösungen *im Rahmen* der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hinauslaufen bzw. eine schrittweise Überwindung der von diesen Verhältnissen ausgehenden ‚Sachzwänge‘ in Angriff nehmen.

In diesen Zusammenhang gehört *zum einen* das Problem, daß die vom Staat verfolgte Strategie in einer historischen Situation, in der ein säkularer Niedergang der britischen Industrie (9) mit einer weltweiten Wirtschaftskrise zusammentrifft, durchaus in sich konsequent auf Wiederherstellung ausreichender Profite abstellt und die Auswirkungen der Krise politisch so vermittelt, daß dadurch die Tendenzen zur Internationalisierung des Kapitals befördert sowie zugleich die Ausgaben der öffentlichen Hand und den privaten Konsum eingeschränkt werden. Deswegen ist es eben nicht möglich, gegen einzelne Elemente dieser Strategie anzutreten, ohne selbst eine Gesamtstrategie als Alternative vorschlagen zu können; jedes isolierte Aufgreifen von Einzelfragen muß in dieser Lage dazu führen, daß man sich entweder der Logik ‚wirtschaftlicher Solidität‘ unterwirft oder aber ganz einfach geschlagen wird.

Dementsprechend stellt *zum anderen* heute die Forderung nach ökonomischer Expansion durch Ausdehnung der Geldmenge keineswegs mehr eine ‚bloß keynesianische‘ Forderung dar: Sie stellt sich unmittelbar gegen die ‚Sachzwänge‘, die heute von der staatlichen Wirtschaftspolitik als solche hingenommen werden, wie sie — auf den einfachsten Nenner gebracht — in den Bedingungen des Abkommens mit dem IMF Gestalt angenommen haben.

Das *zweite Kriterium* steht mit dem ersten in engem Zusammenhang: Wie weit kann ein Strategievorschlag dadurch zu einer politischen Mobilisierung beitragen, daß er Vorschläge die rasch zu verwirklichen sind und aktuelle Nöte der Massen betreffen, in einen strategischen Rahmen stellt, der lang- und mittelfristig Veränderungen des Wirtschaftssystems in Richtung Sozialismus in Gang setzt.

Hier sind vor allem drei Punkte wichtig: *Erstens* kann nur eine Strategie auf die für eine wirkliche politische Mobilisierung erforderliche breite Unterstützung hoffen, die an den hauptsächlichen Nöten der Arbeiterklasse ansetzt — also vor allem an den Fragen der Arbeitslosigkeit und der Einkommenssicherung. *Zweitens* muß eine solche Mobilisierung als konstitutives Element einer AWS betrachtet werden, denn eine AWS kann nicht einfach als ‚alternatives Maßnahmenbündel‘ betrachtet werden, das man an den Staat heranträgt und das dieser dann in seinem Rahmen verwirklichen könnte. *Drittens* kann die politische Tragweite der Strategievorschläge nur unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit eines Kampfes für ihre Durchsetzung beurteilt werden. So können etwa ‚planning agreements‘ durchaus als technokratische Maßnahme konzipiert werden; sie können aber auch von vornher-

ein im Zusammenhang des Kampfes für Arbeiterkontrolle stehen (10).

Insgesamt geht es also in der Frage der AWS ebenso sehr um eine tiefgreifende Veränderung der politischen Praxisformen der Arbeiterbewegung, wie es um veränderte wirtschaftspolitische Zielsetzungen geht. Das wird auch daran deutlich, daß in letzter Zeit immer wieder Forderungen nach einer Demokratisierung der Wirtschaft erhoben werden, auch wenn damit das wirkliche Problem noch allzu punktuell angegangen wird.

Im folgenden beschränken wir uns auf drei Aspekte der AWS, die u. E. für eine erste politische Einschätzung ausreichen, so daß andere wichtige Fragen – wie Preiskontrollen oder die Kontrolle des Finanzwesens – erst einmal zurückstehen können.

### *2.1. Die Forderung nach einer expansiven Wirtschaftspolitik*

Im Zentrum der AWS steht die Forderung nach einer strukturierten Expansion der Wirtschaft. Sie ergibt sich aus der Weigerung, das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit als gegeben hinzunehmen und stellt sich rein als solche schon der Hauptstoßrichtung der gesamten Wirtschaftspolitik entgegen, die auf der Grundlage einer Regulierung der industriellen Reservearmee funktioniert.

Jede Forderung nach einer Ankurbelung der Wirtschaft durch Geldmengenausweitung muß daraufhin befragt werden, ob sie den Rahmen bloß keynesianischer Überlegungen über das erforderliche Ausmaß von Nachfragesteigerung sprengt und inwieweit sie darauf abzielt, dem Kapital die Kontrolle über die Mittel für eine Ausdehnung der Produktion zu entziehen.

Obwohl diese Forderung allen Strategievorschlägen gemeinsam ist, gibt es (in Großbritannien) wesentliche Unterschiede in den Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere zwischen den Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes: Die Industriegewerkschaften neigen zu der Überzeugung, daß eine expansive Wirtschaftspolitik die öffentlichen Sozialausgaben unter Kontrolle halten müsse, um die Ressourcen in die Industrie umlenken und so das Beschäftigungsniveau anheben zu können. Daß aber diese Ressourcen unter der unmittelbaren Kontrolle des Kapitals zugleich zum Hebel für eine Freisetzung von Arbeitskraft durch Rationalisierungsinvestitionen werden, ist der Ausgangspunkt der Argumentation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Sie sehen in einer Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst die einzige Möglichkeit für einen Abbau der Arbeitslosigkeit, während die Beschäftigung in der Industrie bestenfalls stabil gehalten werden könne (CPSA/SCPS 1975). Dementsprechend plädieren sie dafür, die Haushaltskürzungen der öffentlichen Hand wieder aufzuheben.

Überhaupt wird an der Frage von Haushaltskürzungen der öffentlichen Hand deutlich, wie sehr derartige Spaltungen schädlich sein können: Während die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes konsequent und überzeugend gegen die Haushaltskürzungen angekämpft haben, haben die Industriegewerkschaften – angesichts des verlockenden Gedankens einer Ressourcenumverteilung zugunsten der Industrie

– durch ihre ambivalente Haltung eine Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Opposition dagegen unmöglich gemacht (11). Daran wird nochmals deutlich, daß die Arbeiterbewegung eine umfassende Strategie braucht, um sektorale Interessendivergenzen so weit vereinheitlichen zu können, daß die Bourgeoisie zum Investieren gezwungen werden kann, ob sie sich nun vor finanzielle Sachzwänge gestellt sieht oder auch nicht.

Aufgrund der Überzeugung, die Möglichkeiten einer Ausdehnung der Produktion seien begrenzt, haben die Industriegewerkschaften begonnen, für eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit einzutreten, etwa durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, durch Einschränkung von Überstunden, durch Abschaffung der Schwarzarbeit und durch Frühverrentung. Obwohl diese Forderung in die Politik des TUC Eingang gefunden hat, wird sie doch mehr als eine Art von Wunschdenken als in Richtung auf eine wirkliche Durchsetzung vertreten. Leider ist man sich vor allem nicht über die Möglichkeiten im Klaren, die jede Strategie der Arbeitsumverteilung dem Kapital bietet, sie als Hebel der Intensivierung der Arbeit zu nutzen – wodurch sie dann selbst bei einer Ausweitung der Produktion nur einen beschränkten Beschäftigungseffekt haben kann. Damit wird gerade an dieser Frage noch einmal mehr deutlich, daß wirtschaftspolitische Zielsetzungen eben nicht neutral sind – es geht darum, dem Kapital die Kontrolle aus der Hand zu nehmen und nicht bloß darum, ihm ein paar einfache Konzessionen abzurufen. In der gegenwärtigen Krise ist die Forderung nach Arbeitsumverteilung zwar ein wesentlicher Bestandteil jeder langfristigen Strategie der Arbeiterklasse, aber eben keineswegs ein Ersatz für eine AWS, die sich den ‚Sachzwängen‘, die die Produktion einschränken, entgegenstellt, anstatt sich ihnen zu unterwerfen.

Ohne deswegen gleich auf Spezialfragen einzugehen, muß auch das Problem der Steuern angesprochen werden: Eine Ausdehnung der Beschäftigung würde zu erhöhten Steuereinnahmen führen und zugleich eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben aufgrund von Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, so daß dadurch die zunächst erforderliche Ausweitung der Kreditaufnahme der öffentlichen Hand kompensiert würde und Steuersenkungen oder, wie die AWS es vorsieht, eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben möglich würden (12). Außerdem wird in den meisten Vorschlägen auch auf die Notwendigkeit einer Revision des Steuersystems als wesentlicher Bestandteil des Wirtschaftsprogramms hingewiesen: Dadurch kann man gegen die dubiose Annahme angehen, materielle Anreize funktionierten nur unter der Voraussetzung ökonomischer Ungleichheit, und zugleich durch gezielte Maßnahmen den ‚Kreislauf der Armut‘ durchbrechen. Steuern sind ein Mittel der Kontrolle und der Aneignung – die Arbeiterbewegung muß lernen, sie für diese Zwecke zu nutzen.

## 2.2. *Industriepolitische Strategie (13)*

Eine industriepolitische Strategie war bereits ein wesentliches Element der wirtschaftspolitischen Konzeption, die die Labour Party in ihrer Oppositionsphase von

1970 bis 1974 entwickelt hatte. Angesichts eines andauernden Niedergangs der britischen Industrie, dem durch globale Wirtschaftspolitik nicht beizukommen war, schrieb die Labour Party in ihrem Programm von 1973:

„... Grundlage unserer Planung sind drei Hauptstützpfiler, die für eine erfolgreiche Planung erforderlich ist: neue öffentliche Unternehmungen – insbesondere aufgrund der Schaffung einer staatlichen Dachgesellschaft, die größere staatliche Anteile an der verarbeitenden Industrie erwerben soll; das System der ‚planning agreements‘ als vollkommen neue, in sich geschlossene Grundlage aller Verhandlungen mit den Großunternehmen; ein neues Industriegesetz, durch das eine Labourregierung die Vollmachten für den Bereich der Industrie erhält, die sie zur Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele benötigt.“ (Labour Party 1975)

Die Funktion, die dabei für die ‚planning agreements‘ vorgesehen war, beschränkte sich im wesentlichen auf eine Vernetzung der Regierungspläne mit den Plänen der Großunternehmen. Obwohl ausdrücklich „Schritte in Richtung auf Wirtschaftsdemokratie und eine Wiederherstellung der parlamentarischen Verantwortlichkeit“ als notwendig anerkannt wurden, war von vornherein klar, daß schon durch die Art der Anlage der ‚planning agreements‘ eine mehr als bloß symbolische Beteiligung der Arbeiterklasse ausgeschlossen war. Allein der Staat konnte auf Zwangsmittel zurückgreifen, um sicherzustellen, daß das einzelne Unternehmen in Übereinstimmung mit den „wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Nation“ handelte (14).

Auch wenn wir einräumen, daß diese Vorschläge unzureichend waren (15), sehen wir in ihnen doch wenigstens einen Versuch, sich dem zentralen Problem der ‚ökonomischen Sachzwänge‘ wirklich zu stellen, vor denen sich die Arbeiterbewegung sieht, und die erforderlichen Instrumente bereitzustellen, um die Autonomie des Kapitals in Frage zu stellen. Daher halten wir es für aufschlußreich, diesen Vorschlägen die wirklich von der Labourregierung verfolgte industriepolitische Strategie gegenüberzustellen.

Das Ende 1975 verabschiedete Industriegesetz richtete ein *National Enterprise Board* mit begrenzten finanziellen Mitteln ein (gegenwärtig 700 Mio Pfund für einen Zeitraum von 5 Jahren), das nach restriktiven Gesichtspunkten funktioniert und dessen Aufgabe die Übernahme und Kontrolle von Firmen ist, die von der Regierung vor dem Bankrott gerettet werden. Nur in 6 der 37 Firmen, an denen diese Dachgesellschaft gegenwärtig beteiligt ist, übersteigt ihr Anteil 5 Mio Pfund und nur eine dieser Firmen ist von ihr erworben worden, statt ihr durch Übertragung zuzufallen (16).

In der politischen Wirklichkeit sind die ‚planning agreements‘ zu bloßen ‚freiwilligen Übereinkünften mit Bezug auf die strategischen Pläne der Unternehmensleitungen‘ geworden. Als einziges wurde ein ‚planning agreement‘ mit Chrysler abgeschlossen – und 162,5 Mio Pfund für ein vertrauliches Dokument auszugeben, durch das das zukünftige Verhalten der Firma kaum festgelegt wird, kann man ja wohl kaum als einen Schritt in Richtung auf eine sozialistische Planung betrachten.

Für die wirklich von der Regierung verfolgte Strategie waren allerdings diese Entwicklungen nur am Rande von Bedeutung (17). Hauptelemente dieser Strategie waren dagegen die Wiederherstellung ausreichender Profite durch Lohnbeschränkungen und Steuerbegünstigungen (18), eine Senkung der Zinsrate durch Haushaltskürzungen der öffentlichen Hand, eine ganze Reihe von Anreizen für Investitionen und

Umstrukturierungen (19) sowie schließlich sektorale Untersuchungen durch dreiseitige Arbeitsgruppen im Rahmen des *National Economic Development Board* (20).

Wesentlicher Problempunkt dieser Industriestrategie nach den Erfahrungen der Gewerkschaften war die Umsetzung von auf Branchenebene erkannten Erfordernissen in Entscheidungen auf Firmenebene (21): Genau dieser Übergang auf die Unternehmensebene stieß auf erbitterten Widerstand der Kapitalseite, da dadurch die entscheidenden Fragen der Offenlegung von Informationen und der Ausdehnung von Verhandlungen der Tarifparteien bis in die Zentralregion der strategischen Planungen des Unternehmens aufgeworfen wurden (22). Aufgrund der bisherigen Erfahrungen lassen sich bereits einige Aussagen über die industriepolitischen Forderungen formulieren, die Bestandteil einer AWS sein müssen:

*Erstens* geht es um reale Probleme, die man auch dadurch nicht loswerden kann, daß man dem Kapital die Verantwortung zuschiebt. Es geht eben gegenwärtig darum, eine Krisenlösung durchzusetzen, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegenkommt.

*Zweitens* besteht innerhalb der Arbeiterbewegung ein weitgehender Konsens über die Form der Vorschläge zur Industriepolitik (23) – wenn auch der Inhalt immer noch wichtiger ist. In unterschiedlichen Beiträgen werden unterschiedliche Aspekte des Problems in den Vordergrund gerückt: die Kommunistische Partei betont die Notwendigkeit der Verstaatlichung von Schlüsselfirmen, ASMTS (24) bezieht sich in allgemeinerer Weise auf die Kapitalströme, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes betonen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung und – wie nicht anders zu erwarten – das IWC (25) betont die Bedeutung der Arbeiterkontrolle.

*Drittens* ist offenbar die Forderung nach ‚planning agreements‘ so lange politisch wirkungslos, wie sie nicht mit einer Ausweitung der Möglichkeiten der Gewerkschaften, betriebliche Entscheidungen zu kontrollieren, verbunden ist – ob man dies nun unter dem Gesichtspunkt einer Ausweitung der Tarifverhandlungen, der Wirtschaftsdemokratie oder der Arbeiterkontrolle betrachtet.

*Schließlich* muß jede Forderung nach mehr Mitteln für das *National Enterprise Board* von einer tiefergehenden Einsicht in seine möglichen Funktionen begleitet werden – als es etwa die Vorstellung ist, es wäre bloß ein Loch im Kapitalmarkt zu stopfen. Es geht eben nicht in erster Linie um die Verfügbarkeit von Kapital, sondern um die Kontrolle von Kapitalströmen – und zwar insbesondere darum, eine solche Kontrolle durch die Arbeiter in den betroffenen Unternehmen kontrollierbar zu machen, sowie darum, darauf hin zu wirken, im wirtschaftlichen Handeln an die Stelle des Kriteriums des Profites zunehmend das des Gebrauchswertes zu setzen (26).

Es geht uns vor allem darum, herauszuarbeiten, daß die von der Regierung verfolgte industriepolitische Strategie sich grundlegend von der industriepolitischen Strategie im Rahmen einer AWS unterscheidet, wie wir sie in den Vorschlägen für eine Kontrolle der Industrientwicklung über ‚planning agreements‘, für ein interventionistisch orientiertes ‚National Enterprise Board‘, für Verstaatlichungen und für eine Kontrolle des Finanzwesens vorgezeichnet sehen. Wesentlich in diesem Zusammenhang scheint uns zu sein, Planung nicht als ein technisches Problem der Ko-

ordination von Kapitalströmen oder von Investitionsentscheidungen zu betrachten, sondern als eine gesellschaftspolitische Angelegenheit, die eine Kontrolle erforderlich macht, die nur durch Sanktionsmöglichkeiten auf Seiten des Staates und der Arbeiterklasse wirklich ausgeübt werden kann. Das wirft dann zwar wesentliche Fragen auf, wie weit überhaupt eine solche Kontrolle über das Kapital ausgeübt werden kann, wenn es sich internationalisiert hat – der Schritt, die Tarifverhandlungen auf Fragen der Unternehmensstrategie auszudehnen, stellt aber auf jeden Fall ein entscheidendes Element in dem hierfür erforderlichen Prozeß dar.

### 2.3. *Internationale Problematik*

Ein wesentlicher Teil einer AWS muß sich darauf beziehen, wie Großbritanniens Beziehungen zur Weltwirtschaft weiterentwickelt werden sollen. Bausteine für eine solche Politik sind in unterschiedlichen Vorschlägen aus der Arbeiterbewegung enthalten, die sich auf 1. Importkontrollen, 2. Kontrolle der Kapitalbewegungen, 3. Verhalten gegenüber den multinationalen Gesellschaften und 4. auf die Währungspolitik beziehen.

U. E. stellen diese Vorschläge die gegenwärtige Kontrolle des Kapitals über den Prozeß der Internationalisierung seiner Formen als Warenkapital, Geldkapital und produktives Kapital in Frage und damit auch die Rolle des britischen Imperialismus in der Weltwirtschaft. Die vom Kapital ausgeübte Kontrolle über den Wirtschaftsprozess hat als Voraussetzung und Resultat die freie Zirkulation seiner verschiedenen Formen, wodurch sich schließlich auch parallele Kreisläufe gesellschaftlicher und politischer Organisation ergeben. Indem sie gerade diese Seiten der Internationalisierung des Kapitals angreift, stellt die AWS die wichtige internationale Dimension der wirtschaftlichen und sozialen Macht des Kapitals in Frage.

Große Teile der britischen Arbeiterbewegung sind für eine Ausweitung der Importkontrollen eingetreten. Ohne jeden Zweifel unterscheidet diese Forderung die AWS von der Art von Krisenbewältigung, wie sie die Labourregierung anstrebt. Ihre Durchsetzung würde auch einen folgenreichen Bruch mit den Regeln und Vereinbarungen vollziehen, die seit 1945 den internationalen Handel bestimmen, wie sie etwa in die Statuten von IMF und EG eingegangen sind.

Im folgenden wollen wir die Argumente für Importkontrollen, sowie die Art von Importkontrollen untersuchen, die vorgeschlagen werden, und sie zu einer Strategie des Übergangs zu einer sozialistischen Wirtschaft in Beziehung setzen (27).

Die wohl detaillierteste Argumentation für Importkontrollen, die innerhalb der Arbeiterbewegung formuliert worden ist, findet sich in mehreren Jahreswirtschaftsberichten des TUC. Darin führt das TUC Argumente dafür an, 'vorübergehende selektive Importkontrollen', wie das TUC sie zurückhaltend nennt, stärker auszubauen. Hauptsächlich argumentiert das TUC damit, daß Importkontrollen zum kurzfristigen Schutz der inländischen Industrie erforderlich seien, die längerfristig effizienter werden könnten, aber gegenwärtig aus unterschiedlichen Gründen (niedrige Investitionen, schlechtes Management) durch Konkurrenz aus dem Ausland

in einen Prozeß des Niedergangs hineingedrängt würden, der bis zur Vernichtung gehen könnte. Importkontrollen werden damit als ein Bestandteil des Programms zur Umstrukturierung der Industrie betrachtet, das durch Staatseingriffe und gewerkschaftliche Beteiligung mittels ‚planning agreements‘ durchgesetzt werden soll – also als Element einer industriepolitischen Strategie.

Ein weiteres Argument, das vom TUC angeführt wird, bezieht sich auf die Beschleunigung des technischen Fortschritts: Insbesondere ist das TUC für die Einführung einer Sozialklausel im Rahmen der GATT-Vereinbarungen eingetreten, die einen Schutz von Industrien zulassen würde, „falls die Ausbreitungsgeschwindigkeit des technologischen Wandels die Geschwindigkeit übertrifft, mit der die Ressourcen ( ... ) in andere Anwendungsgebiete übertragen werden können. ... Dadurch würde eine Verbindung zwischen handelspolitischen Maßnahmen und einer aktiven Beschäftigungspolitik hergestellt.“ Außerdem tritt das TUC dafür ein, eine Ermächtigung für Importbeschränkungen vorzusehen, falls die importierten Produkte unter schlechteren Bedingungen hinsichtlich Gesundheit und Sicherheit der sie produzierenden Arbeitskräfte hergestellt werden, als sie in der inländischen Wirtschaft zulässig sind. Das TUC vertritt die Auffassung, die Verlagerung der Produktion in Länder mit geringen Arbeitskosten und schlechten Arbeitsbedingungen erfolge aufgrund der von den multinationalen Gesellschaften durchgeführten Reorganisation der Produktion, und verlangt demgegenüber ein System von ‚planning agreements‘, das es Regierung und den Gewerkschaften erlauben würde, die Investitions-, Preis- und Finanzpolitik der multinationalen Gesellschaften, die in Großbritannien tätig sind, genau zu verfolgen. Ohne jeden Zweifel wird die gegenwärtig praktizierte Politik durch die Auffassungen des TUC auf fortschrittliche Weise und radikal in Frage gestellt: Bisher haben Großbritannien und die anderen wirtschaftlich schwächeren Länder den Versuch gemacht, die wirtschaftlich stärkeren zu einer expansiven Wirtschaftspolitik zu überreden, während die stärkeren Länder mehr auf die inflationären Folgen sowie auf die Vorteile geschaut haben, die sie hinsichtlich besserer Kontrolle daraus ziehen konnten, die schwächeren zur ‚finanzpolitischen Disziplin‘ anzuhalten. Die vom TUC entworfene Politik gibt demgegenüber kurzfristig der Umstrukturierung der Inlandsindustrie und der Verbesserung der Lebensverhältnisse den Vorrang vor den Kriterien, die in den Regeln von IMF und GATT festgelegt sind. Diese Regeln sind ja auch zu eben dem Zweck formuliert worden, willkürliche Eingriffe von Regierungen in diejenige Verteilung von Produktion und Handel zu verhindern bzw. zu erschweren, die sich aus dem Wirken des Wertgesetzes ergibt. Allerdings bleibt der Ansatz des TUC hier in einem wichtigen Punkt unzulänglich und widersprüchlich: Das TUC ist offenbar nicht in der Lage, mit dem Wertgesetz selbst als Grundlage des internationalen Handels zu brechen. Die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sollen bloß die Möglichkeit für eine Umstrukturierung der britischen Wirtschaft schaffen, um ihre künftige Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu gewährleisten, so daß dann die Importkontrollen wohl auch aufgehoben werden könnten. Das TUC zielt also keineswegs darauf ab, die Prinzipien der Marktwirtschaft (d.h. der Kontrolle durch das Kapital) in den Handelsbeziehungen ausdrücklich in Frage zu stellen, sondern tritt für Maßnahmen ein, die geeignet sein sollen,

eben die krisenhaften Elemente abzuschwächen oder zu beseitigen, die konstitutiver Bestandteil eines jeden kapitalistischen Umstrukturierungsprozesses sind. Dennoch würde eine Durchsetzung der von der TUC vertretenen Politik bedeuten, daß die damit eingeleitete Unterwerfung des Warenverkehrs auch nur unter das geringe Niveau an Planung, das sich aus Importkontrollen gemäß den TUC-Vorschlägen ergäbe, einen Prozeß einleiten würde, der nur unter Schwierigkeiten reversibel wäre (28).

Die Cambridge Political Economy Group sieht Möglichkeiten, den Handel mit der Dritten Welt und den sozialistischen Ländern durch bilaterale Vereinbarungen auszudehnen, die nötigenfalls als ein erster Schritt zu einer Planung des Handels genutzt werden können. Wahrscheinlich würde es für Großbritannien nach einem Bruch mit dem liberalistischen Welthandelssystem vorteilhaft sein, diese Art von Handelsbeziehungen auszubauen – und falls es sich Vergeltungsmaßnahmen oder einem Boykott seitens anderer führender kapitalistischer Länder gegenüber sieht, würde eine derartige Entwicklung unausweichlich notwendig werden. Allerdings wird solch ein extremer Verlauf des Prozesses nicht an sich schon mit der Forderung nach einer Planung und demokratischen Kontrolle des Handels herausgefordert, durch die er den Zielsetzungen der inländischen Wirtschaftspolitik unterworfen werden soll. Man kann sich vielmehr durchaus vorstellen, daß ein größerer Teil der bestehenden Handelsbeziehungen von der Entwicklung unberührt bliebe. Der wesentliche Unterschied zum gegenwärtigen Zustand läge aber schon darin, daß der Handel der Wirkung anderer Kräfte ausgesetzt und neuen Kontrollmechanismen unterworfen wäre (29).

Die Politik der Arbeiterbewegung mit Bezug auf die multinationalen Gesellschaften kann zu drei wesentlichen Forderungen zusammengefaßt werden:

1. Verbindlichkeit von ‚planning agreements‘ für alle Firmen der Kategorie 1 (Umsatz in Großbritannien über 50 Mio. Pfund);
2. Einrichtung einer Behörde zur Kontrolle von Investitionen im Inland und im Ausland (‚International Investment Review Agency‘ (TUC) oder ‚Foreign Investment Unit‘ (Labour Party));
3. Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

### 3. Schlußfolgerungen

Abschließend wollen wir noch einmal unterstreichen, daß mit der Frage einer AWS wirklich wichtige Probleme aufgeworfen werden, die im Zentrum jeder ernsthaften Diskussion über die Strategie der Arbeiterklasse im heutigen Großbritannien stehen:

Erstens enthält die AWS die Vorstellungen der fortgeschrittensten Abteilungen der Arbeiterklasse. Die Organisationen, die zu ihrer Entwicklung beitragen, gehören alle der Arbeiterbewegung an oder sind ihr eng verbunden: das unter solchen Umständen entwickelte strategische Denken bezieht seine eindrucksvolle Stärke aus einer dialektischen Auseinandersetzung mit Tausenden von aktiven Kollegen in der Arbeiterklasse.

Zweitens sitzen die Marxisten, die es für selbstverständlich halten, die AWS als ‚bloß reformistisch‘ abzutun, einer geradezu absurden Vereinfachung auf: Auch

wenn einige Vorschläge zur AWS in ihrem Gehalt durch sozialdemokratische Vorstellungen verwässert werden, stellt die AWS doch im Großen und Ganzen eine wohldurchdachte wirtschaftspolitische Konzeption dar, die durchaus auch bis zu der Einsicht fortgeschritten ist, die Wirtschaftspolitik als Gestalt des Klassenkampfes zu erkennen. Indem die AWS politisch an der freien Zirkulation des Warenkapitals, des Geldkapitals und des produktiven Kapitals ansetzt, um erweiterte Kontrollmöglichkeiten für die Arbeiterklasse in jedem Stadium der Zirkulation des Kapitals durchzusetzen, macht sie das wichtige Ziel erreichbar, all die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen und Entscheidungen allgemein durchsichtig zu machen, die im normalen Gang der Zirkulation des Kapitals verborgen bleiben.

Noch ist allerdings die AWS nicht klar genug ausgebildet – verschiedene Strategievorschläge weichen nicht nur in Einzelheiten, sondern in wesentlichen Bestandteilen voneinander ab. Aber das könnte wohl auch kaum anders sein: Angesichts der heutigen Struktur der Arbeiterbewegung in Großbritannien muß jede lebendige, politische Idee, die so breit angelegte, so dezentralisierte und so heterogene Organisationsformen durchdringt, nach Form und Inhalt unterschiedene Gestalten annehmen. Es gibt auch noch andere, damit zusammenhängende Schwächen der AWS: Oft werden noch Schlüsselfragen in Strategievorschlägen im Sinne der besonderen Interessen bestimmter Abteilungen der Arbeiterklasse behandelt und oft wird nicht hinreichend detailliert ausgeführt, welche Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie ein Strategievorschlag jeweils nach sich zieht.

Weitere Schwierigkeiten liegen darin, wie und durch wen die AWS durchgesetzt werden soll – als wessen politisches Instrument sie dienen soll. Viele Strategievorschläge sind gerade in diesem Punkt unhaltbar: Oft wird die Frage der Durchsetzung als eine rein parlamentarische Angelegenheit behandelt, als eine Reihe von Aufgaben, die auf eine künftige – oder gar auf die letzte – Labourregierung zukommen. Die Frage von Massenkämpfen für das Wirtschaftsprogramm und von Organen der direkten Demokratie, die ein Gegengewicht zu den zu erwartenden Reaktionen in Monopolunternehmen und staatlichen Institutionen bilden könnten, wird oft vernachlässigt. Forderungen nach Arbeiterkontrolle werden dann allenfalls noch an die wirtschaftspolitischen Forderungen angehängt, wenn sie nicht überhaupt weggelassen werden.

Aus dieser beschränkten Sichtweise ergeben sich offensichtlich schwerwiegenden Gefahren. Die richtige Reaktion sozialistischer Intellektueller besteht aber nicht darin, sich demgegenüber in abstrakte Betrachtungen zu verlieren, die in keinem Zusammenhang mit den unmittelbaren Nöten und Fragen der Arbeiterbewegung stehen. Vielmehr können sozialistische Wissenschaftler einen wichtigen Beitrag dazu leisten, solche Schwachstellen zu überwinden, damit ein wirkungsvolles Programm der Linken zustandekommt.

Wir halten es für einen wesentlichen wissenschaftlichen Beitrag zur gegenwärtigen Offensive der britischen Arbeiterbewegung, durch Kritik, Analyse und Diskussion den Gehalt ihrer Strategie zu vertiefen und zu einem klareren Verständnis der schwierigen Probleme zu kommen, vor denen wir in diesem Zusammenhang stehen.

## Anmerkungen

- 1 Parteitag der Labour Party.
- 2 Zu Struktur und Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung vgl. Hyman 1979 (AdÜ).
- 3 Damit ist nicht gesagt, daß dadurch Rivalitäten zwischen den beteiligten imperialistischen Ländern beseitigt werden – sie werden vielmehr auf dieser Ebene zum Ausdruck gebracht (CC 71).
- 4 Einen lebenswichtigen Bereich des Kampfes, den wir hier nicht diskutieren, stellt der Bereich des Kampfes um den Entwicklungsgrad der politischen Demokratie selbst dar (CC 71).
- 5 Klassisch illustriert von Marxens Betrachtung der Länge des Arbeitstages (CC 71).
- 6 Diese Faktoren können auch bestimmte Spaltungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse in Gang setzen, was die Regulierung der IR angeht, wie sie insbesondere durch die Vorstellung genährt werden, daß die unproduktiven staatlichen Lohnarbeiter die Beschäftigung im industriellen Sektor dadurch beeinträchtigen würden, daß sie ihm Ressourcen entziehen (CC 72).
- 7 In Großbritannien sind an Bedeutung wachsende Versuche festzustellen, die abstrakte Gegenüberstellung von ‚reformistischen‘ und ‚insurrektionistischen‘ Standpunkten zu überwinden, bzw. was unter hiesigen Bedingungen dasselbe bedeutet, die zwischen Strategien, die sich auf parlamentarische Illusionen stützen, und solchen, die durch ihre Wirklichkeitsfremdheit auf bloße ökonomistische Propaganda beschränkt sind. Die entsprechenden theoretischen Positionen sind ja bekannt: Einerseits diejenigen, die den Staat, speziell die Staatsausgaben, vor allem als ein Feld des Klassenkampfes betrachten, andererseits diejenigen, die auf seiner Einbindung in die Logik der Akkumulation bestehen. Der jüngst veröffentlichte Beitrag von Holloway und Picciotto (1977) hat bereits einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine Synthese in dieser Debatte vollzogen. Mit direktem Bezug auf die Frage der politischen Strategie sehen wir eine wichtige Übereinstimmung sich in einigen Beiträgen von Hodgson (1977) und Miliband (1977) abzeichnen. Trotz weiterbestehender bedeutender Differenzen, z. B. in der Frage, ob die Labour Party als Träger einer revolutionären Umwälzung dienen kann, gibt es weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des Dilemmas, vor dem gegenwärtig das strategische Denken steht, und hinsichtlich der Art von Verbindung von verfassungsmäßigen Aktionen mit Massenmobilisierungen, die für den Staat unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus eine wirkliche Herausforderung darstellen können (CC 74).
- 8 Wir verwenden den Ausdruck ‚Übergangstrategie‘ ganz einfach, um die Verbindung zweier Kampfebene zum Ausdruck zu bringen. Wir distanzieren uns dabei eindeutig vom elitären Anspruch der trotzkistischen Übergangsforderungen, durch die revolutionäre Situationen ausgelöst werden sollen, ohne daß die Massen sich über ihre Tragweite im klaren sind.
- 9 Der Niedergang der britischen Industrie läßt sich eindrucksvoll belegen: Das Investitionsniveau in der verarbeitenden Industrie ist pro Kopf gerechnet legendär niedrig ( 1962 - 73 betrug es etwa 30 % des Niveaus der USA, 50 % des Niveaus Frankreichs und 60 % des Niveaus in Japan und der BRD). Dem steht ein sehr beträchtlicher Abfluß von Investitionen ins Ausland gegenüber (1976 waren es 1.735 Mio Pfund, d.h. 37 % mehr als in der BRD, 69 % mehr als in den USA und 176 % mehr als in Japan). Die Unausgewogenheit der Industriestruktur wird auch an der geringen Einkommenselastizität der Nachfrage nach britischen Produkten deutlich (0.57 aufgrund von OECD-Schätzungen), während eine sehr hohe Einkommenselastizität für Importe besteht (1.82 nach einer Schätzung von Panich). Angesichts des darin zum Ausdruck kommenden Versagens der bisherigen Wirtschaftspolitik der Globalsteuerung nehmen die Stimmen zu, die für den Übergang zu einem ganz anderen Ansatz plädieren, wie ihn die beschleunigte Konzentration der Industrie sowohl erforderlich wie möglich mache: „Etwa 100 Unternehmen vereinigen ca. die Hälfte von Produktion und Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie auf sich, 75

- Unternehmen etwa die Hälfte des sichtbaren Exports, 50 Unternehmen die Hälfte des industriellen Kapitals“ (Holland 1978), so daß ein Übergang zu Formen selektiver Steuerung, die an diesen Unternehmen ansetzen, möglich wird (CC 81).
- 10 So etwa seitens der technokratisch argumentierenden Association of Scientific, Technical and Managerial Staffs (ASTMS 1976) oder seitens des Institute for Workers Control (IWC 1975) (CC 79).
- 11 Während das TUC-Labour Party-Verbindungskomitee offen für eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben zugunsten der ‚Bedürfnisse der verarbeitenden Industrie‘ plädierte, meldete die General and Municipal Workers Union (GMWU) Bedenken gegen einige der Kürzungen an (GMWU, o.J.); auch das Finanzministerium konnte nicht unbedingt einen Zusammenhang zwischen öffentlichen Ausgaben und den für die Industrie verfügbaren Ressourcen entdecken (vgl. Wilson Committee 1977) (CC 80).
- 12 Jede expansive Wirtschaftspolitik erfordert zunächst eine Ausweitung der öffentlichen Schuldenaufnahme. Deren Bedeutung in Großbritannien wird allerdings oft übertrieben: Nach OECD-Angaben war das Defizit der öffentlichen Hand im Verhältnis zum Brutto-sozialprodukt 1975 in der BRD und in Japan größer als in Großbritannien. Nach Schätzungen des National Institute for Economic and Social Research würde sich bei einer Senkung der Zahl der Arbeitslosen auf 600 000 aufgrund der gegenwärtigen Steuerquote ein *Überschuß* von zwei Milliarden Pfund ergeben (während die gegenwärtige Höhe der Arbeitslosigkeit ein Defizit von 7 Milliarden Pfund nach sich zieht (CC 80 f.).
- 13 In diesem Punkt sind wohl die meisten und schwerwiegendsten Differenzen zu verzeichnen – auch wenn innerhalb der Arbeiterbewegung inzwischen die Forderungen nach einer Milliarde für das National Enterprise Board und nach ‚planning agreements‘ mit den 100 führenden Unternehmen gewissermaßen schon zum Ritual gehören (CC 81).
- 14 Die entscheidende Frage nach dem Zusammenhang zwischen diesen Zielen und den Interessen der Belegschaft des Unternehmens wird dabei sorgfältig ausgespart (CC 82).
- 15 Allerdings klingt die Liste der Aufgaben, die das National Enterprise Board übernehmen soll, durchaus eindrucksvoll: „Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, Investitionsförderung, technologische Entwicklung, Ausweitung des Exports, Förderung der Durchsetzung der Preispolitik der Regierung, Kontrolle der Ausbreitung der multinationalen Unternehmen, Ausbreitung von Wirtschaftsdemokratie und Importsubstitution.“ Der Grundgedanke bestand darin, durch Kontrollanteile in „etwa 25 der größten Herstellerfirmen“ die bisher bestehende Kluft zwischen Regierungsplanungen und den Strategien der Privatunternehmen zu schließen (CC 83).
- 16 Insgesamt ist das Vorgehen des Boards mehr von der privaten Holding Thomas Tilling geprägt worden, als von der für Industriepolitik zuständigen Unterkommission der Labour Party (CC 82).
- 17 Das wurde im White Paper von 1974 auch ganz offen ausgesprochen: „Das bedeutet für die nächste Zukunft, daß der Entwicklung der Industrie der Vorrang vor dem Konsum und selbst vor unseren sozialen Zielvorstellungen einzuräumen ist.“ (CC 83)
- 18 So etwa die Erleichterungen für Aktienbesitzer vom November 1974 (CC 83).
- 19 Vor allem durch Subventionen entsprechend der Abschnitte 7 und 8 des Industriegesetzes von 1972 (CC 83).
- 20 Die Gewerkschaften haben sich hier zu keiner klaren Stellungnahme durchringen können: Noch der TUC-Jahreswirtschaftsbericht von 1977 bekennt sich zwar ‚eindeutig zur industriepolitischen Strategie‘ der Regierung, wie sie in den Vorschlägen des National Economic Development Council von 1975 niedergelegt war, betont aber zugleich, „daß jeder Versuch, eine Industriepolitik allein auf der Ebene eines Branchenansatzes zu entwickeln, zum Scheitern verurteilt ist“ (vgl. auch TUC 1978) (CC 83).
- 21 Das wird vor allem aus einem GMWU-Bericht über die Arbeit von vier ‚sectoral working parties‘ im Bereich der chemischen Industrie deutlich, wo die aus der chemischen Technologie sich ergebende Unmöglichkeit einer Aufteilung von Produktionsprozessen die Beteiligung des Staates an Entscheidungen auf Unternehmensebene unabweisbar erforderlich macht (CC 83).

- 22 Selbst der schwache Versuch des Industrieministers Varley, wenigstens ‚planning discussions‘ als eine Kompromißformel einzuführen, scheint gescheitert zu sein (CC 83).
- 23 Dieser Konsens macht die politische Kraft aus, die in der AWS als einem Kristallisationspunkt politischer Mobilisierung angelegt ist (CC 77).
- 24 Association of Scientific, Technical and Managerial Staffs (AdÜ)
- 25 Institute for Workers Control (AdÜ)
- 26 Ein Beispiel dafür stellt der schon erwähnte ‚Lucas Corporate Plan‘ dar (CC 84).
- 27 Das rein technische Argument, Importkontrollen seien aus Gründen des Zahlungsbilanzausgleichs eine notwendige flankierende Maßnahme jeder expansiven Wirtschaftspolitik, hat natürlich in der britischen Arbeiterklasse auch eine Rolle gespielt (vgl. etwa NALGO 1977) (CC 85).
- 28 Konsequenter und gründlicher sind Sedgemore (Tribune Gruppe) (1977) und die Cambridge Political Economy Group (1974) für einen Bruch mit liberalistischen Handelsprinzipien eingetreten; Anklänge daran finden sich auch bei Benn (1976) und in Veröffentlichungen des IWC (CC 86).
- 29 Es gibt eine Reihe von praktischen Einwänden gegen Importkontrollen – etwa die Befürchtung, es würde ein vergleichbarer Verfall des Weltmarktes eintreten wie in den 30er Jahren, aufgrund der wachsenden Bedeutung der multinationalen Gesellschaften auf dem Weltmarkt müßten solche Eingriffe ineffizient bleiben und bloß zu Produktionsstörungen im Inland führen, oder daß sie zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückschritt führen müßten –, die letztlich allerdings alle darauf beruhen, daß sie den notwendigen Zusammenhang solcher Maßnahmen mit den anderen Teilen einer AWS vernachlässigen (CC 87 f.).

## Literatur

- ASTMS, 1976: The crisis in British Economic Planning and a Draft Planning Agreement: A discussion paper, London.
- Barratt Brown, M. u.a., 1978: Full employment: Priority, Nottingham
- Benn, T., 1976: A New Course for Labour, IWC Pamphlet 51, Nottingham.
- Bleaney, M., 1978: Alternative Economic Strategy, Comment, Vol. 16.8.
- Cambridge Political Economy Group, 1974: Britain's Economic Crisis, Nottingham (dt. in Leviathan No. 3/1975).
- CPSA/SCPS, 1975: Cuts that Puzzle, the Case against the Cuts, London.
- GMWU, o.J.: UK-Chemicals – The Way Forward, London.
- Hodgson, G., 1977: Socialism and Parliamentary Democracy, Nottingham.
- Holland, S., 1975: Strategy for Socialism, Nottingham.
- Holland, S., 1978: Social Costs and the Crisis, Workers Control No. 2.
- Holloway, J., u. Picciotto, S., 1977: Capital, Crisis, and the State, Capital and Class 2 (Summer).
- Hyman, R., 1979: The Politics of Workplace Trade Unionism, Capital and Class No. 8.
- Labour Party, 1976: Labour's Programme, London.
- Labour Party, 1977: International Big Business – Labour's Policy on the Multinationals, London.
- Miliband, R., 1977: Marxism and Politics, Oxford.
- NALGO, 1977: The Economic Situation and the Cuts in Public Expenditure, London.
- Sedgemore, B., 1977: The How and Why of Socialism, Nottingham.
- TUC, 1978: The Trade Union Role in Industrial Policy, London.
- TUC, Economic Review (erscheint jeden März).
- White Paper, 1975: An Approach to Industrial Strategy, HMSO cmd. 6315, London.
- Wilson Committee, 1977: Evidence to the Committee to Review the Functioning of Financial Institutions, Vol. 1, HMSO, London.